

Interview mit Herrn Lukas Mandl, MEP - Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zur Koreanischen Halbinsel (15. Februar 2021)

Mayerhofer: Ich würde zu Beginn gerne wissen - Sie sind ja seit 2017 im Europäischen Parlament - wo die Schwerpunkte Ihrer politischen Arbeit liegen?

Mandl: Mein Motto ist, dass ich für ein Europa mit mehr Stärke nach außen und mehr Freiheit nach innen eintreten möchte. Das bedeutet, dass ich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken möchte. Ich möchte, dass Europa mehr vom Spielball zum Spieler wird auf der geopolitischen Bühne. Ich finde es deshalb gut, dass die Kommissionspräsidentin davon spricht, dass ihre Kommission die erste geopolitische Kommission sein soll. Ich möchte, dass Europa strategische Autonomie entwickelt, sprich, dass sie sich um die eigene Sicherheit selbst kümmern kann und Freiheit nach innen bedeutet, mehr Chancen, mehr unternehmerische Freiheiten, mehr Handlungsspielraum für Menschen die unternehmen, wirtschaftlich, zivilgesellschaftlich, wissenschaftlich. Wir brauchen auch Innovationen in Europa, wir brauchen Produktion in Europa. Wir neigen dazu Richtung Konsumkontinent zu gehen, wir konsumieren was anderswo erfunden und produziert wird, das ist gefährlich auf Dauer. Deshalb auch die Freiheit nach innen, die natürlich mit der Stärke nach außen zusammenhängt, und damit sind meine Ausschussaktivitäten im Außenpolitikausschuss, im Sicherheit- und Verteidigungsausschuss, im Ausschuss für innere Sicherheit und im Arbeitsmarktausschuss (verbunden?) Außerdem darf ich eben die Delegation mit der Koreanischen Halbinsel leiten, bin im Nahen Osten aktiv als Leiter der Transatlantic Friends of Israel, die auch überparteilich sind im Europäischen Parlament, und der Westbalkan mit Schwerpunkt auf Kosovo ist ein anderer Schwerpunktbereich.

Mayerhofer: Okay, Sie haben eben einen starken außenpolitischen Fokus, daher sind Sie ja in sicherheitspolitische Fragen „drin“. Ich schreibe ja über Nordkorea, über die nukleare Abrüstungspolitik und wenn es um die Europäische Union generell als Akteur geht, wo liegen da die zentralen Interessen wenn es um Nordkorea geht?

Mandl: Ja einerseits, für die Sicherheit der Europäerinnen und Europäer und anderen Menschen zu sorgen. Und andererseits, auch in gewissermaßen die europäischen Werte und den europäischen Zugang, beispielsweise zum Thema Massenvernichtungswaffen auch in der Welt zu vertreten und wirksam werden zu lassen. Außerdem ist Südkorea ein wirtschaftlich wichtiger Partner mit sehr enger Verknüpfung zur Europäischen Union, und aus dieser Positionierung heraus haben wir ein Interesse an einer guten Entwicklung.

Mayerhofer: Weil Sie ja eben auch gerade die Delegation angesprochen haben für die Koreanische Halbinsel - soweit ich informiert bin, ist das Europäische Parlament die einzige EU-Institution, die vermehrt Kontakte nach Nordkorea hat. Wo liegen da konkret die Einflussmöglichkeiten, die vielleicht auch das Europäische Parlament hat, wenn es um die Atomfrage speziell geht?

Mandl: Also, tatsächlich ist bei den drei Institutionen, Kommission, Rat und Parlament, das Europäische Parlament die einzige Institution, die formale offizielle Kontakte mit Nordkorea pflegt. Einige Mitgliedstaaten tun das auch, vielleicht sogar alle, das kann der [Name des Mitarbeiters] besser beantworten, aber jedenfalls auf europäischer Ebene ist es das Parlament, das das tut. Und das im Wege der sogenannten parlamentarische Diplomatie, was im Fall von Nordkorea ein zu interpretierender Begriff ist, weil es ja keine gewählten Parlamentarier dort gibt, also wir haben keine echten Gegenüber. Aber wir können parlamentarisch diplomatisch im Namen der Bürgerinnen und Bürger, weil Parlamente immer im Namen der Bürger sprechen, aktiv werden. Und das tun wir, wie in vielen außenpolitischen Fragen, indem wir zunächst einmal die Budgethoheit haben. Sie wissen ja, man sagt ja, „Budgets sind die in Zahlen gegossene Politik“ und wie gewissermaßen finanzielle Mittel verteilt werden, so verteilt sich auch die politische Prioritätensetzung und das ist eine sehr starke Hebelwirkung, die das Europäische Parlament in der Außenpolitik entfaltet. Das Europäische Parlament hat zum Beispiel einen Budgetposten für die Nichtverbreitung und Abrüstung von Massenvernichtungswaffen geschaffen. Allen internationalen Abkommen muss das Europäische Parlament zustimmen, das macht die Abkommen auch, glaube ich, wertvoller, weil eben im Namen der Bürgerinnen und Bürger zugestimmt wird und das sind die grundsätzlichen Handlungsfelder des Europäischen Parlaments. Im Fall von Nordkorea kommt eben dazu, dass wir die einzige Institution sind, die hier formal Kontakte pflegt.

Mayerhofer: Wenn Sie das so ein bisschen vergleichen - Also, ich habe jetzt die 2 Fallbeispiel in meiner Masterarbeit, Nordkorea natürlich und den Iran, und im Iranstreit war die EU ja, wenn man es jetzt mit Nordkorea vergleicht, natürlich sehr viel aktiver. Können Sie sich das erklären? Woran liegt das konkret? Liegt es vielleicht an anderen Akteuren, China zum Beispiel oder die USA? Oder liegt es vielleicht an den Ressourcen, die die EU zur Verfügung hat? Wie erklären Sie sich das? Die zurückhaltende Rolle der EU im Fall Nordkorea?

Mandl: Ja, ich würde sagen (...) beide Regime sind nach innen menschenrechtlich schlimm aufgestellt. Der Iran ist nach außen aggressiver in seinem Verhalten. Es gab mit dem Iran ganz konkrete Verhandlung des Atomabkommens und da hat die Europäische Union eine gewichtige Rolle gehabt, da war auch Wien der Verhandlungsort, wie Sie wissen. Als Österreicher haben wir da auch speziell ein Auge darauf gehabt. Und der Iran ist näher, die Bedrohung durch den Iran, auch über seine Proxies. Also, mir sind nicht Proxies von Nordkorea bekannt, aber der Iran arbeitet primär über Proxies, aber die (sind?) dafür terroristisch brutal und sehr (...) hinter den Kulissen. Das sind schon einige Unterschiede. Ich finde den Vergleich hochinteressant, wissenschaftlich. Also gut, dass Sie es machen. Politisch sozusagen, fallen mir primär Unterschiede auf, also wenn ich so darüber nachdenke, ja. Aber natürlich, gerade deshalb ist der Vergleich auch spannend, wenn man dadurch die Unterschiede aufzeigen kann.

Mayerhofer: Genau, auf jeden Fall, das ist auch mein Ziel tatsächlich, vor allem auf die Unterschiede einzugehen. (...) Die EU hat ja diese Strategie des critical engagement, also Sanktionen auf der einen Seite, Druck, und dann die Kommunikationskanäle. Was halten Sie persönlich von dieser Strategie? Gibt's da Vor- und Nachteile oder sehen Sie eine Alternative dazu?

Mandl: Ja, ich find's völlig richtig, weil wir natürlich nicht so tun können, als wäre Nordkorea ein regulärer Staat, den wir auf der Basis der europäischen Werte gutheißen können. Weil wir aber auch nicht den Dialog verweigern oder alle gewissermaßen Türen schließen wollen. Sprechen ist besser als nicht zu sprechen. Und das machen wir. Und das machen wir aber auch unter dem Titel des Critical Engagements“, also nicht naiv hoffentlich. Jedenfalls ist das nicht mein Ansatz. Deshalb ist das miteinander reden so unglaublich wertvoll und die Europäische Union kann eine sehr, sehr zentrale Vermittlungsrolle spielen.

Mayerhofer: Ja. Gut, dass Sie das jetzt gerade erwähnen, weil ich wollte nämlich genau darauf noch eingehen, das wäre jetzt auch meine nächste Frage, die Vermittlerrolle. Das wird ja auch in der Forschung ganz stark betont und auch gewünscht fast schon, dass die EU eine Vermittlerrolle einnimmt. Halten Sie das für realistisch im aktuellen sicherheitspolitischen Umfeld oder ist das vielleicht etwas was eher hintenansteht?

Mandl: Also, ich würde sagen, auch im aktuellen Umfeld oder gerade jetzt, wenn Vermittlung möglich ist, dann kann es die EU machen. Wüsste nicht, wer das sonst tun könnte und das spielt schon eine Rolle. Wir sind ja auch die starke Soft Power, Sie wissen das. 1995, 135 Millionen Euro für die ärmsten Nordkoreanerinnen und Nordkoreaner zur Verfügung gestellt. Die Soft Power, die reicht nicht, wir wissen es. Die Hard Power ist ja auch quasi immer unter meinen Prioritäten der sicherheitspolitischen Arbeit, wo wir uns ganz stark entwickeln müssen. Aber mit der Soft Power sind wir auch als Europäische Union in Nordkorea sehr präsent und machen unserem Namen als größte Entwicklungshelferin alle Ehre.

Mayerhofer: Ich wollte noch kurz nachhaken, weil Sie gerade auch die humanitäre Rolle der EU erwähnt haben. Im Sicherheitskonflikt, im Atomstreit, ist es wahrscheinlich - Sie haben es ja erwähnt - ein bisschen schwierig, aber die EU kann ja als Vermittler auftreten. Wie sieht es konkret in der Menschenrechtsfrage aus, also ist es da realistischer, dass hier die EU aktiver wird?

Mandl: Also, ich glaube die EU ist auf jeden Fall glaubwürdig, wenn es um Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte geht, weil das so zu den ganz großen Versprechen der EU nach innen und außen gehört, deren Einhaltung jeden Tag neu ganz oben auf der Tagesordnung gesetzt wird. Auch wenn wir die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU debattieren, tun wir das auf sehr hohem Niveau und wir müssen es debattieren und wir tun es deshalb, weil wir es so wichtig nehmen. Also, ich glaube unsere Glaubwürdigkeit in diesen Fragen ist - also, das muss unser Anspruch sein, dass niemand glaubwürdiger ist als wir in Sachen Menschenrechte.

Mayerhofer: Ich wäre jetzt tatsächlich schon bei der letzten Frage. Und zwar, wie denken Sie, wird es weitergehen im Nordkorea-Konflikt? Es gab ja jetzt auch einen UN-Bericht, dass die Nordkoreaner das Atomwaffenprogramm weiter modernisieren und es gibt ja auch einen neuen Präsidenten in den Vereinigten Staaten. Wie glauben Sie, dass sich da die Lage entwickelt?

Mandl: Ich glaube es steht und fällt vieles dann am Schluss nach allen Gesprächen, die gesucht werden müssen mit der Implementierung durch Nordkorea. Die Nordkoreanische Führung ist unberechenbar, nach innen und außen. Es hat was von einer Sisyphusarbeit diese Gespräche zu suchen, aber aus den genannten Gründen ist es besser sie zu suchen. Und die Implementierung

hängt wahrscheinlich von vielen Faktoren ab, die von außen kaum beeinflusst werden können. Aber der Versuch ist es allemal wert, weil das Risiko sehr, sehr groß ist.

Mayerhofer: Ja. Auf jeden Fall. Es geht ja auch um die Sicherheit der EU.

Mandl: Absolut.

Mayerhofer: Das wären jetzt tatsächlich schon meine Fragen, wir waren jetzt etwas schneller als geplant, aber ich weiß ja, dass Sie auch im Anschluss Termine haben (...).

Mandl: Nochmals vielen Dank für Ihr Interesse. Der Herr Kaiser steht noch zur Verfügung, wenn Sie aus dem parlamentarischen Arbeiten der Delegation noch etwas brauchen oder wissen möchten. Wir wären dankbar, wenn wir Sie auf unseren kleinen Email-Verteiler zu Korea-Dingen und dergleichen sicherheitspolitischen Dingen auch setzen dürften. Ich wünsche Ihnen alles Gute für's Studium.

Mayerhofer: Danke, danke. Und vielen Dank für Ihre Zeit und die Expertise, das hilft mir sehr weiter.

Mandl: Danke Ihnen für Ihr Interesse und schöne Grüße ins schöne Passau.

Mayerhofer: Danke. Tschüss!

Mandl: Alles Liebe.

Das Interview führte Katrin Mayerhofer im Rahmen ihrer Masterarbeit zum Thema „Die Nonproliferationspolitik der Europäischen Union in den Fällen Iran und Nordkorea“.